



Lasst uns solidarisch sein!

Stellungnahme des Bundesvorstands von Bündnis 90/ Die Grünen

Deutschland, ja die ganze Welt erlebt einen Ausnahmezustand, wie wir ihn zu unseren Lebzeiten noch nicht erfahren haben. Es ist jetzt entscheidend, die Ausbreitung des Corona-Virus so weit zu verlangsamen, dass unser Gesundheitssystem der Krise standhält: dass die Erkrankten versorgt und behandelt werden, ausreichend Ärzt*innen und Pfleger*innen für sie da sind, genügend Krankenhäuser, Betten, Geräte und Medikamente. Für alle ist es eine notwendige Solidarität, vor allem mit jenen, die ein geschwächtes Immunsystem haben und für die COVID-19 eine besondere Gefahr ist. Es geht um den Schutz menschlichen Lebens. Diese Verantwortung tragen wir gemeinsam. Die Bundeskanzlerin hat das in ihrer Ansprache sehr eindrücklich auf den Punkt gebracht. ...

Wir müssen die Schutzmaßnahmen in dieser Radikalität am Anfang ergreifen, um Infektionsketten möglichst zu unterbrechen, und wir halten sie für richtig. Entsprechend appellieren wir an alle Menschen, sie sehr ernst zu nehmen, soziale Kontakte möglichst zu vermeiden und beim Einkaufen nicht anderen Menschen nötige Lebensmittel wegzuhamstern.

Beeindruckend ist, wie viele Menschen in dieser Zeit das Land trotz widriger Umstände am Laufen halte, von all jenen im medizinischen Bereich über die LKW-Fahrer*innen, die Lebensmittel liefern, bis hin zu Verkäufer*innen in Supermärkten, Reinigungskräften, Mitarbeiter*innen bei der Müllabfuhr. Heute müssen wir tun, was wir können, um sie bei der schwierigen Arbeit für uns zu unterstützen. Damit geht einher, diesen Menschen zuzusagen: Die berechtigten Fragen nach mehr Personal im Gesundheitsbereich oder einem besseren Lohn für Reinigungskräfte kann die Gesellschaft nicht zufriedenstellend beantworten, während wir diese Krise bewältigen. Doch sie werden nicht vergessen! ...

Uns ist klar, dass der Ausnahmezustand die Ausnahme bleiben muss. Und Ausnahme heißt, dass die Schritte evaluiert und immer wieder auf Angemessenheit und Wirksamkeit hin überprüft werden müssen. Vor allem Maßnahmen, die in Grundrechte eingreifen, müssen zeitlich befristet werden. Es ist besser, sie aktiv zu verlängern als sie passiv einfach weiter laufen zu lassen. ...

Diese Krise verlangt von uns allen viel ab. Lasst uns solidarisch sein, Verantwortung füreinander übernehmen und die Schwächsten schützen. Gemeinsam kann unsere Gesellschaft diese Krise bewältigen.

Sandabbau hinter dem Martinsee einstellen Wiederverfüllung überprüfen

Liebe Heusenstammer Bürgerinnen und Bürger!

Seit 2003 wird hinter dem Martinsee von der Firma Braas Sand und Kies auf einer Fläche von rund 23 Hektar abgebaut. Wo einst ein geschlossener Wald war, ist heute eine Kiesgrube mitten im Wald.

Bevor der Vertrag zwischen Braas und der Stadt Heusenstamm abgeschlossen wurde, hatte Braas behauptet, der dortige Sand sei optimal für die Dachsteinproduktion. Man könne 85% im hiesigen Werk verbrauchen und es gebe keine andere Lieferquelle. Ohne den Sandabbau vor Ort wurde die Schließung des Heusenstammer Werkes mit damals über 600 Mitarbeitern angedroht. Dies bewog die Mehrheit der Stadtverordneten, dem Sandabbau 1995 grundsätzlich zuzustimmen.

Als der Sandabbau 2003 begann, waren nur noch weniger als 300 statt über 600 Arbeitsplätze vorhanden. Braas wollte nur noch 60% des abgebauten Sandes vor Ort verarbeiten und den Rest verkaufen.

Im Sandfördervertrag, den Braas mit der Stadt Heusenstamm abschloss, hieß es: „Braas verpflichtet sich, kalenderjährlich in jedem Falle eine geringere Menge an Kies und Sand zu veräußern, als Braas im Werk Heusenstamm verarbeitet.“ Ansonsten könnte die Stadt den Vertrag wieder kündigen. Selbst gegen diese abgeschwächte Vereinbarung hat Braas von Anfang an verstoßen. Denn tatsächlich wurde in keinem Jahr mehr als 38 % des Sandes in Heusenstamm verarbeitet. Und so ging es auch weiter. 2007 war die Zahl der Mitarbeiter auf rund 200 gesunken und Braas verwendete nur noch 20% des abgebauten Sandes hier im Werk. *(Fortsetzung auf Seite 3)*



Der Rest wurde verkauft. Wir Grünen wollten deshalb den Sandfördervertrag damals schon gekündigt haben. Stattdessen wurde der Vertrag den Wünschen von Braas entsprechend angepasst. In dem geänderten Sandfördervertrag wurde Braas erlaubt, „80 % der kalender-jährlichen Fördermenge an Dritte zu vermarkten. Zumindest 20 % der kalender-jährlichen Fördermenge müssen jedoch von Braas am Standort Heusenstamm für die eigenen Produktionszwecke verwendet werden.“ Einziges Entgegenkommen von Braas war die Zusage, kalenderjährlich durchschnittlich zumindest 175 Mitarbeiter sozialversicherungs-pflichtig und in Vollzeit zu beschäftigen – also 175 statt einst 600.

"Auch gegen diese 20%-Vereinbarung hat Braas in den Jahren 2017 und 2018 verstoßen, wie einer Antwort des Magistrats auf eine Anfrage der Grünen im Mai 2019 zu entnehmen ist. Die Dachsteinproduktion wurde erheblich reduziert. Statt nun aber auch den Sandabbau zu reduzieren, hat Braas weiterhin die höchstmögliche Menge an Sand abgebaut und den nicht selbst benötigten Sand lukrativ verkauft. Über 80% des abgebauten Sandes landet also auf dem freien Markt.

Im Dezember letzten Jahres legte Bürgermeister Öztas einen Entwurf für einen neuen Sandfördervertrag vor, der dieses Verhalten von Braas sogar noch billigen sollte. Denn dort hieß es: „Eine Verpflichtung, einen bestimmten Anteil der gewonnenen Rohstoffe selbst zu verwenden oder zu verarbeiten, besteht für Braas ab Inkrafttreten dieser Vereinbarung nicht mehr.“ Und die Verpflichtung, mindestens 175 Arbeitsplätze in Heusenstamm zu erhalten, hätte nur noch bis Ende 2021 bestanden und sogar für ein Jahr um 15 unterschritten werden dürfen. Dieser Vertragsentwurf wurde bekanntlich von Bürgermeister Öztas zurückgezogen, nachdem in den Ausschüssen von mehreren Fraktionen erhebliche Kritik geäußert wurde – auch von der CDU, die für das Entgegenkommen Braas gegenüber in der Vergangenheit verantwortlich ist.

Öztas bat seinerzeit um eine Handlungsvorgabe durch die Stadtverordnetenversammlung. Wie diese aussehen sollte, ist für uns Grüne klar: Der Sandfördervertrag muss gekündigt und der Sandabbau eingestellt werden. Der Handel mit Sand rechtfertigt nicht den weiteren erheblichen Eingriff in die Natur, der mit dem Kiesabbau verbunden ist. Dieser Eingriff muss deshalb minimiert werden. Dazu muss der Vertrag schnellstmöglich gekündigt und der Sandabbau vorzeitig eingestellt werden.

Problematisch ist für uns Grüne auch die Wiederverfüllung des Geländes. In der Genehmigung der ersten Abbaustufe war die Wiederverfüllung mit 700.000 m³ Fremdmaterial vorgesehen. Die Genehmigung der zweiten Abbaustufe sieht kein weiteres Fremdmaterial mehr vor. Denn inzwischen hat sich die Gesetzeslage geändert und bei neuen Abbaugenehmigungen wird die Einbringung von Fremdmaterial in das Grundwasser untersagt. Wir fordern, dass Braas der Stadt die Entscheidung darüber, ob wiederverfüllt wird oder nicht, überlässt. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung soll die Stadt Heusenstamm eine umfassende Prüfung der Vor- und Nachteile von Verfüllung und Nichtverfüllung des Sandabbaugebietes insbesondere aus umwelt- und naturschutzfachlicher Sicht beauftragen. Dabei sollen die Folgen von möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Verfüllung z. B. durch verunreinigtes Material untersucht werden. Ein Eintrag von verunreinigtem Fremdmaterial kann nie gänzlich ausgeschlossen werden und hätte erhebliche Auswirkungen auf unser Grundwasser, die sich nicht rückgängig machen ließen. Und außerdem könnte eine größere Wasserfläche insbesondere im Sommer besser für das lokale Klima sein.



Heiner Wilke-Zimmermann

For Future – Jetzt die Weichen für eine bessere Zukunft stellen

Vor uns liegt ein Jahrzehnt der Veränderungen. Ob es Veränderungen zum Besseren oder Veränderungen zum Schlechteren werden, ist kein Zufall, sondern liegt an uns. **Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel spürt, und die letzte, die die Klimakatastrophe noch vermeiden kann.** Die jungen Menschen, die seit über einem Jahr regelmäßig freitags „forfuture“ demonstrieren, sind schon die nächste Generation. Es ist gut, dass sie meiner Generation Druck macht, zu handeln, denn die Zeit drängt, die Klimaveränderungen beschleunigen sich. Um die Katastrophe zu verhindern sind grundlegende Veränderungen notwendig: bei der Mobilität, bei der Ernährung, bei der Energieversorgung, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Es ist jetzt wichtig, das so zu gestalten, dass es am Ende eine bessere Zukunft wird: mit besseren und gesünderen Lebensmitteln, mit einer saubereren Energie und mit einer neuen Mobilität, bei der wir mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind, neben emissionsfreien und leiseren Autos.

Die Digitalisierung spielt bei der Frage Klimaschutz eine wichtige Rolle, kann aber auch sonst unser Leben verbessern, weil sie mobileres, selbstbestimmteres Arbeiten ermöglicht und viele unangenehme Tätigkeiten ersetzt werden können. Das alles ist aber kein Selbstläufer – im Gegenteil: wenn die Digitalisierung nicht reguliert und mit Leitplanken versehen wird, wird sie ökologisch schädlich, vergrößert die soziale Ungleichheit und erhöht den Arbeitsdruck.

Zentral für eine bessere Zukunft ist eine neue Sozialpolitik. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt brauchen neue Antworten und die ökologische Frage werden wir nicht lösen können ohne gleichzeitig die soziale Frage zu beantworten. Dabei geht es nicht darum, das Sozialsystem neu zu erfinden, sondern es geht um eine Weiterentwicklung und Ergänzung.

Ziel muss es dabei sein, dass für alle Menschen soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft garantiert und ermöglicht werden. Die Sozialversicherungen müssen universeller und zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, in die alle einzahlen und von denen dann aber auch alle abgesichert sind. Und als Basis sollten wir auch über Ideen wie ein Grundeinkommen für alle nachdenken, damit das Existenzminimum für wirklich alle in jeder Lebenslage garantiert wird. Das wäre dann auch eine Grundlage für ein anderes Wirtschaften, das ökologisch und sozial ist. Für eine bessere Zukunft.

Es gibt Menschen und seit zwei Jahren auch eine Partei in Bundestag, die Ängste schüren, auch vor den notwendigen Veränderungen. Die AFD will zurück in die Vergangenheit, teilweise zurück in die 50er Jahre, zunehmend gibt es aber auch Leute, die zurück in die 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wollen. Auch um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen, ist es notwendig, den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu machen und dafür jetzt die Weichen zu stellen.

 **Wolfgang Strengmann-Kuhn.**

Mitglied des Bundestags aus dem Wahlkreis 185, zu dem auch Heusenstamm gehört.





FÜR GERECHTIGKEIT IM STRASSENVERKEHR

Vor rund 130 Jahren wurde es erfunden, seitdem haben wir es mehr und mehr lieb gewonnen und es zum Begleiter erkoren. Doch mit der Zeit ist es uns über den Kopf gewachsen. Es hat sich über die Maßen bei uns breit gemacht. Es lärmt und verursacht schlechte Luft. Und es macht, dass wir uns nicht mehr genügend bewegen. Wir müssen es in die Schranken weisen. Die Rede ist vom Auto.

Wir wollen es gar nicht abschaffen. Aber wir möchten, dass es sich höflich aufführt. Dass es uns den Platz im öffentlichen Raum lässt, den *wir* ihm einräumen.

Was heißt das für Heusenstamm? Hier ein paar Beispiele, die unbedingt angegangen werden müssen, um Gerechtigkeit zwischen allen Verkehrsteilnehmern herzustellen.

Zunächst einmal: Es müssen die Räume, in denen wir uns auf natürliche Weise, also ohne Auto sicher bewegen können, erst einmal geschaffen werden. Straßen, auf denen Kinderwagen und Rollatoren auf die Straße ausweichen müssen, weil die Bürgersteige einfach zu schmal sind oder weil Autos drauf stehen, müssen als verkehrsberuhigte Bereiche mit Vorrang für Fußgänger und Radfahrer ausgewiesen werden. Auf der Frankfurter Straße fühlen sich viele Radfahrer unsicher. Der Radfahrstreifen zwischen überholenden und parkenden Autos ist zu schmal;

wie oft geht am Straßenrand eine Autotür auf, wenn man dicht vorbeifahren muss! Damit diese Probleme entschärft werden, sollte mittelfristig die Frankfurter Straße zwischen Feuerwehrkreisel und Bahnübergang in eine Fahrradstraße umgewandelt werden. Das hieße: Autos wären in diesen Bereichen zwar geduldet. Seine Fahrer/innen müssten sich aber dem langsameren Tempo der anderen Verkehrsteilnehmer anpassen. Am besten wäre es, wenn sich in der Straßenmitte eine Barriere oder Insel befände, dass Autos, wenn Radfahrer sich auf der Straße befinden, diese nicht überholen könnten. Diese Art von Fahrradstraßen ist in den Niederlanden Standard. Warum nicht auch bei uns?

Dass dies für viele Autofahrer eine Zumutung wäre, wissen wir. Doch wir fordern sie auf, einfach mal zu entschleunigen. Am Bahnhofsplatz wirklich Schritt-Geschwindigkeit zu fahren, wie es verlangt ist. Oder noch besser: zum Brötchenkauf das Auto stehen zu lassen. Es tut Ihnen gut! Dies sind nur einige Beispiele, die angegangen werden müssen, um eines herzustellen: Gerechtigkeit zwischen allen Verkehrsteilnehmern. Und nicht nur darüber reden, sondern endlich handeln!

PS: Natürlich sind auch nicht alle Radfahrer Unschuldslämmer. Sie müssen akzeptieren, dass in verkehrsberuhigten Bereichen die Fußgänger Vorrecht genießen. Und auf Gehwegen dürfen nur Kinder bis zum Alter von 10 Jahren fahren.

 Bernd Fischer

ADFC wird in Heusenstamm aktiv!

Im Fahrradklimatest, den der überparteiliche Allgemeine deutsche Fahrradclub ADFC alle zwei Jahre durchführt, lag die Stadt Heusenstamm im Jahr 2014 mit der Note 3,1 an der Spitze der Kommunen im Kreis Offenbach. Im Jahr 2018 war der Wert auf 3,8 gesunken. Die allgemeine Meinung: die guten Ansätze, die es in den ersten Jahren des Jahrhunderts hinsichtlich des Radverkehrs gegeben hatte, sind in der Folgezeit versandet. Es sei dringend Zeit, dass sich daran etwas ändert. Der ADFC ist bereit, die Gremien der Stadt bei der Verkehrsplanung mit seinem Sachverstand zu unterstützen. Gegenwärtig werden in bestimmten Abständen offene Radlertreffs veranstaltet. Der für März vorgesehene Treff fällt allerdings wegen des Coronavirus' aus.



Erfurt ist nicht Heusenstamm?

Die Wahl des FPD-Politikers Kemmerich zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Anfang Februar hat ein politisches Beben ausgelöst, das noch lange nachhallen wird. Denn gewählt wurde er gemeinsam von CDU, FDP und AfD. Und das, obwohl CDU und FDP immer wieder betonen, auf keinen Fall mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen. Kein politisches Beben, sondern betretenes Schweigen hat es dagegen ausgelöst, als gleiches schon im letzten September in Heusenstamm geschehen ist. Der Erste Stadtrat Uwe Michael Hajdu (CDU) wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD wiedergewählt. Darauf angesprochen, ob es ihn störe, nur mit Hilfe der AfD wiedergewählt worden zu sein, antwortete Hajdu laut Dreieich-Zeitung vom 25.9.2019: „In geheimer Wahl ist man in Gottes Hand.“ Ob Gott sich wirklich die Mühe gemacht hat, die Stadtratswahl in Heusenstamm zu beeinflussen? Ich meine: Bei jeder Wahl ist man in der Hand der Wählerinnen und Wähler. Hajdu und seine Partei haben sich in die Hand der AfD begeben.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD hat es nach der Wahl von Hajdu so beschrieben: Die AfD sei bei dieser Wahl die mächtigste Fraktion gewesen und habe die Wahl des Ersten Stadtrates entschieden. Und bei der Gelegenheit hat er gleich der CDU die Zusammenarbeit angeboten. Soweit ist es bisher wohl noch nicht gekommen, auch wenn manche CDU-Stadtverordneten dem Gespräch mit den AfD-Stadtverordneten nicht abgeneigt sind. Allerdings kommt es immer wieder zu Initiativen von CDU und FDP in der Stadtverordnetenversammlung, bei denen klar ist, dass sie nur mit der AfD eine Mehrheit finden können. Auch wenn es keine Zusammenarbeit gibt, ein Zusammenwirken gibt es gleichwohl. In Erfurt hat es den dortigen CDU-Vorsitzenden Mike Mohring und letztendlich auch der CDU-Bundesvorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer das Amt gekostet. In Heusenstamm hat es keine Konsequenzen gegeben.  Heiner Wilke-Zimmermann



Klimakatastrophe – Ihre persönliche CO₂ Bilanz

Die Wissenschaftler sind sich einig, dass wir ungebremst in eine Klimakatastrophe ungeahnter Ausmaße steuern. Die Gegensteuerung der Politik kommt voraussichtlich zu spät, die Beschlüsse hierzu sind nicht nur in Deutschland völlig unzureichend. Ein weltweiter Klimagipfel jagt zwar den nächsten aber schon am gemeinsamen Kommuniké scheitern die Granden – konkrete Beschlüsse sind leider Fehlanzeige.

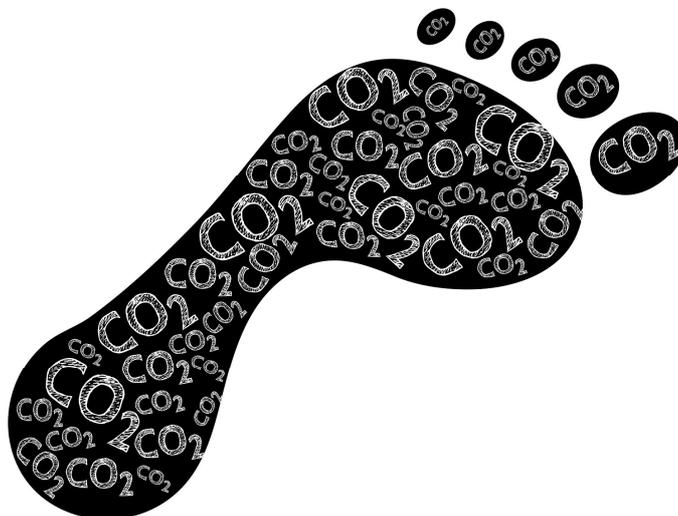
Ein notwendiges Umdenken wird aber nicht nur durch Ihre Stimmabgabe an der Wahlurne beeinflusst, direkte Veränderungen in unserem täglichen Leben sind noch wichtiger und in jedem Fall einfacher umzusetzen als die offenbar schwierigen globalen politischen Maßnahmen.

Ein erklärtes Ziel des Umweltbundesamts und technisch als möglich erachtet ist ein treibhausgasneutrales Deutschland mit einem jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von einer Tonne CO₂ im Jahr 2050. Dies entspricht einer Minderung um rund 95 % gegenüber 1990.

Der CO₂-Rechner des Umwelt Bundesamts. (www.uba.co2-rechner.de) bewertet Ihren persönlichen CO₂-Ausstoß und zeigt Ihnen, wie viel Tonnen CO₂-Äquivalente bei Ihrem heutigen Lebensstil ausgestoßen werden und wie sich Veränderungen Ihres Lebensstils in der CO₂-Bilanz auswirken.

Der durchschnittliche Bundesbürger generiert lt. Umweltbundesamt aktuell 11,61 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr. Berücksichtigt dabei ist der Verbrauch an Heizung / Strom / Mobilität / Ernährung / Sonstiger Konsum und öffentliche Emissionen pro Kopf der Bevölkerung. Das ist weltweit ein eher schlechter Wert, US-Bürger liegen zwar bei 18,5 Tonnen aber der weltweite Durchschnitt ist bei 5 Tonnen und wie o.a. das Ziel für Deutschland ist maximal 1 Tonne pro Kopf in 2050.

✍ Hans Driedger



Recht und Ordnung in Heusenstamm

Am Anfang habe ich mich noch gewundert: Warum gehen alte Leute mit ihrem Rollator so oft auf der Straße? Warum schieben Eltern den Kinderwagen nicht immer auf dem Bürgersteig? Und warum werden Rollstühle manchmal auf der Straße geschoben? Irgendwann habe ich es gemerkt: Wenn die Bürgersteige zugeparkt sind, komme ich als Fußgänger noch durch, aber für Kinderwägen, Rollstühle und Rollatoren ist es an manchen Stellen zu eng.

Wundern muss man sich auch, wenn man einmal in Ruhe durch die Frankfurter Straße geht. Auch dort fehlt es oft an Verkehrsdisziplin: Es wird geparkt, wo keine Parkplätze sind, oder Fahrer halten einfach auf der Straße und blockieren den Radfahrstreifen. Abgebogen wird auch da, wo es verboten ist, und gewendet wird überall ohne Rücksicht auf den übrigen Verkehr.

Wundern kann man sich auch, wenn man sieht, wo und wie LKWs auf dem Parkplatz des Sport- und Kulturzentrums Martinsee stehen oder im Gewerbegebiet Martinsee geparkt werden.

Warum hat das nur sehr selten Konsequenzen für die Verkehrssünder? Nun, es gibt personelle Engpässe bei der Ordnungspolizei der Stadt Heusenstamm. Deshalb war vorgesehen, hier zwei neue Stellen zu schaffen. Auf Antrag von CDU und FDP hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, diese beiden Stellen wieder zu streichen. Die Kosteneinsparung geht CDU und FDP über alles. Sie ist ihnen wichtiger als die Durchsetzung von Recht und Ordnung. Und das, obwohl der von ihnen wiedergewählte Erste Stadtrat Hajdu (CDU) auch öffentlich deutlich gesagt hat, wie wichtig diese beiden Stellen sind. In der freien Wirtschaft nennt man das „beratungsresistent“.

Sollten Sie zu denjenigen gehören, die sich über die Verkehrsverstöße nicht ärgern, sondern sie verursachen, habe ich eine gute Nachricht für Sie: Verkehrsverstöße werden vor allem am Abend und am Wochenende weiterhin nur äußerst selten geahndet.

✍ Heiner Wilke-Zimmermann

GRÜNE JUGEND Heusenstamm

Die steigende Popularität der Grünen hat auch in Heusenstamm zu einem sehr erfreulichen Zuwachs unserer Partei-Mitgliederzahl geführt und, noch erfreulicher, einige jüngere Heusenstammer*innen wollen sich künftig in Heusenstamm politisch zu engagieren. Wir sind daher dabei eine eigenständig Jugendorganisation – die GRÜNE JUGEND Heusenstamm - aufzubauen

Die GRÜNE JUGEND ist als selbstständige Vereinigung die politische Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sie führt politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durch, baut offene Jugendforen für Politik auf und unterstützt und vernetzt die Arbeit von Jugendverbänden, -gruppen und -initiativen.

Weitere Unterstützung ist natürlich hochwillkommen, und engagierst Du Dich bereits jetzt bei z. B. Fridays for Future oder Umweltverbänden und bist am Aufbau politischer Jugendforen vor Ort interessiert, freuen wir uns auf Dich.



Wir stellen vor:

Naturengel gegen Müllteufel

Für ein sauberes Heusenstamm: „**Wie es hier wieder aussieht!**“ – „**der ganze Müll hier**“ – „**alles wird einfach fallen gelassen, wo man geht und steht**“ – „**na, da kann man nichts machen, ist halt so**“

Wirklich? Ist das so? Nein, nicht ganz. Jeder kann etwas dagegen tun, dass überall Müll und Unrat rum liegt und die Natur verschandelt!

„Viele Hände sammeln schnell viel Müll auf!“

Frei nach diesem Motto treffen wir Naturengel uns seit nun mehr als 1 Jahr, um gemeinsam Heusenstamm und Umgebung ein bisschen sauberer zu machen. Unverdrossen und sehr beharrlich sammeln wir an jedem 1. Samstag im Monat den wilden Müll auf, der leider oft acht- und rücksichtslos in die Natur geschmissen wird. Und wir laden jeden herzlich ein, mitzumachen und sich uns anzuschließen. Wenn viele Hände mit anpacken, kann unglaublich viel bewegt werden und es ist großartig, Teil einer solchen wachsenden Bewegung zu sein, die tatsächlich hinausgeht und etwas unternimmt! Wir treffen uns jeden ersten Samstag im Monat um 9:30 h auf dem Parkplatz am Martinsee in Heusenstamm und am Bahnhof an der Grünfläche gegenüber dem ‚Alten Bahnhof‘ und sammeln bis ca. 12:00 h. Vorhanden sind: Müllgreifer, Warnwesten, Müllsäcke, Handschuhe.

Mitzubringen sind: Freude, Interesse an einer tollen Gemeinschaft, eure Kinder, wetter- und anlassgerechte Kleidung. Optional auch gerne eure eigenen Müllgreifer, Warnwesten, Müllsäcke, Handschuhe falls vorhanden. Weitere Informationen unter www.dieNaturengel.de

Die Naturengel unter der Schirmherrschaft des Heimat- und Geschichtsvereins Heusenstamm.

Unverpackt einkaufen

Wen die Plastikverpackungen in den Regalen der Supermärkte nerven, die oder der kann auch mit seinen mitgebrachten Behältnissen alles Mögliche einkaufen: Haferflocken, Mehl, Salz, Nüsse, natürlich Obst und Gemüse (das geht ja schon auf dem Markt und teilweise auch im Supermarkt). Und Kosmetika, also Duschgel und Shampoo, aber auch Reinigungs- und Waschmittel. Sie sind in Flaschen oder vorhandene Plastikbehälter abzufüllen. Leider gibt es solch einen Laden (noch) nicht in Heusenstamm, aber in der Umgebung:

1. **Mühlheim: „Unverpackt“**
in der Bahnhofstraße 35
www.natuerlichfrei.kaufen
2. **Rodgau-Jügesheim: Bioladen Haller**
in der Rodgau-Passage, Hintergasse 6-10
www.bioladen-rodgau.de

Über Öffnungszeiten können Sie sich auf der jeweiligen Homepage informieren. Und falls Sie Zeit haben: Man kann sowohl nach Mühlheim als auch nach Jügesheim sehr schön und angenehm mit dem Fahrrad fahren, die meiste Strecke durch den Wald.

Hier können Sie sich informieren und Anregungen oder Kritik vorbringen

- Angesichts der massiven Einschränkungen im Alltagsleben wegen der Coronakrise bitten wir Sie, Termine zu Treffen und Veranstaltungen der Heusenstammer Grünen der Homepage <http://www.gruene-heusenstamm.de> zu entnehmen.

Sie erreichen uns jederzeit unter <http://www.gruene-heusenstamm.de>,
auf Facebook: Gruene Heusenstamm und Twitter: @Gruene_Hst